

Zur Bayer-Hauptversammlung: Entwicklungs- und Umweltorganisationen warnen vor Vergiftungen durch Bayer-Pestizide

[Aachen/Berlin, 27. April 2020] – Die deutsche Bayer AG verkauft Pestizide nach Brasilien, deren Haupt-Wirkstoffe in der EU nicht genehmigt sind und die zum Teil als hochgefährlich eingestuft werden. Anlässlich der morgen stattfindenden Bayer-Hauptversammlung werfen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), das INKOTA-netzwerk und MISEREOR dem Unternehmen vor, die Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit der Menschen vor Ort damit wissentlich in Kauf zu nehmen. Die Initiative Lieferkettengesetz fordert die Bundesregierung dazu auf, Bayer und andere Unternehmen per Gesetz zur Einhaltung von menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfalt zu verpflichten.

„Ohne ein Lieferkettengesetz werden es Unternehmen wie Bayer auch weiterhin ausnutzen, dass in Ländern wie Brasilien schwächere Auflagen als in der EU gelten. Die Bundesregierung muss dem einen Riegel schieben und den Gesetzgebungsprozess für ein Lieferkettengesetz vorantreiben. Denn gerade in Krisenzeiten dürfen Menschenrechte und Umweltschutz nicht auf der Strecke bleiben“, sagt Johanna Kusch, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz.

Eine [aktuelle Studie](#) von INKOTA, MISEREOR und der Rosa-Luxemburg-Stiftung berichtet von mehr als 7.000 gemeldeten Pestizidvergiftungen in Brasilien allein im Jahr 2017. Ganze Dorfgemeinschaften leiden unter Sprüheinsätzen.

Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von MISEREOR: „Partner aus Brasilien berichten, dass das Bayer-Produkt Nativo über der indigenen Gemeinde Tey Jusu versprüht wurde und Erwachsene und Kinder an akuten Vergiftungen litten. Bayer setzt den Verkauf dieses und anderer Pestizide fort, darunter auch solche, die hier in Deutschland explizit verboten sind. Mit solchen Doppelstandards missachtet Bayer seine unternehmerischen Verpflichtungen zu Einhaltung der Menschenrechte.“

Die von Bayer exportierten Pestizide belasten auch die Umwelt und das Trinkwasser in Brasilien – darauf verweist die brasilianische Organisation Amigos da Terra Brazil gemeinsam mit dem BUND.

Antje von Broock, Geschäftsführerin Politik und Kommunikation des BUND: „Pestizide haben gravierende Auswirkungen auf die Umwelt. Sie bedrohen die Artenvielfalt und gefährden die Gesundheit der Menschen. In Brasilien sind die Auswirkungen von Bayer auf die Umwelt besonders schwerwiegend. Anstatt den Export zu steigern, muss Bayer verpflichtet werden, die Pestizidproduktion insgesamt zu senken.“

INKOTA-Geschäftsführer Arndt von Massenbach kritisiert, dass Bayer gemäß aktueller Marktanalysen mehr als ein Drittel seines Umsatzes mit Pestiziden mache, die das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) als „hochgefährlich“ einstuft: „Im Sommer 2019 hatte Bayer angekündigt, die eigenen Sicherheitsstandards bei Pestiziden weltweit anzupassen. Unsere Studie zeigt jetzt: Die Betroffenen in Brasilien merken davon bislang nichts. Ein Lieferkettengesetz würde Unternehmen wie Bayer endlich dazu verpflichten, Gesundheitsschäden vorzubeugen und Pestizide vom Markt zu nehmen, die inakzeptable Risiken für Mensch und Umwelt vor allem in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern mit schwacher Regulierung hervorrufen.“

MISEREOR, BUND Deutschland und INKOTA gehören zu den 18 Trägerorganisationen der Initiative Lieferkettengesetz. Diese eint 95 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften und kirchliche Akteure. Im September 2019 haben sie sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen und treten gemeinsam dafür ein, deutsche Unternehmen zum Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren globalen Geschäften zu verpflichten.

Weitere Informationen:

[Aktuelle Studie von INKOTA, MISEREOR und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards \(PDF 2.5 MB\)](#)

[Video: Rede-Beitrag der INKOTA-Agrarexpertin Lena Luig zur Bayer-Hauptversammlung](#)

[Stellungnahme des BUND: Weltweite Umweltauswirkungen der Bayer AG](#)

Ansprechpartnerinnen:

Lena Luig, Referentin für globale Landwirtschaft und Welternährung, INKOTA-netzwerk,
Mobil: 01577 15 48 06 3, E-Mail: luig@inkota.de

Johanna Kusch, Sprecherin „Initiative Lieferkettengesetz“, Tel.: 030 - 2888 3565, E-Mail:
presse@lieferkettengesetz.de

Die Initiative Lieferkettengesetz wird getragen von:

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Christliche Initiative Romero e.V. (CIR), CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Forum Fairer Handel e.V., Germanwatch e.V., Greenpeace e.V., INKOTA-netzwerk e.V., Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V., Oxfam Deutschland e.V., SÜDWIND e.V., ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Weltladen-Dachverband e.V., Werkstatt Ökonomie e.V.

Das [INKOTA-netzwerk](#) ist eine entwicklungspolitische Organisation, die mit politischen Kampagnen und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im globalen Süden Hunger und Armut bekämpft und für eine gerechte Globalisierung eintritt. INKOTA stärkt Menschen im globalen Süden, damit sie sich selbstbestimmt von Hunger und Armut befreien können. Mehr unter www.inkota.de.